



Bundestags- Brief



**Prof. Monika
Grütters**

Mitglied des Deutschen
Bundestages

Prof. Monika Grütters, MdB
· Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin

Kontakt:
Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

www.monika-gruetters.de

Nr. 1 Die Woche im Bundestag 18.09.06

Thema der Woche: Haushalt 2007

Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt und Grundgesetz werden wieder eingehalten

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause stand ganz im Zeichen der Beratungen des Bundeshaushalts 2007. Der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu konsolidierten Staatsfinanzen und gleichzeitig Ausdruck einer verantwortungsbewussten, vorausschauenden Haushaltspolitik. Der Haushalt 2007 sieht Ausgaben in Höhe von 267,6 Milliarden Euro vor, die Einnahmen betragen voraussichtlich 245,5 Milliarden Euro. Größter Einzelposten mit rund 122 Milliarden Euro ist und bleibt der Etat von Arbeitsminister Franz Müntefering. Allein 78 Milliarden Euro fließen davon in die Rentenkasse. Die Investitionen werden bei rund 23,5 Milliarden Euro stabilisiert.

Vor allem die Infrastrukturleistungen des Bundes werden auf hohem Niveau verstetigt. Durch gezielte Umschichtungen in Zukunftsaufgaben wie Forschung, Entwicklung, Bildung und Familienförderung erfolgt der Einstieg in eine Verbesserung der Haushaltsstruktur. Die Nettokreditaufnahme wird im Vergleich zu 2006 um rund 16,2 Milliarden Euro auf 22 Milliarden Euro vermindert. Sie liegt damit unter der verfassungsrechtlichen Regelgrenze nach Art. 115 GG. Damit wird unter der CDU-geführten Regierung der Haushalt die Vorgaben des europäischen Maastricht-Vertrages und des Grundgesetzes erstmals wieder einhalten können. Die Große Koalition kehrt damit zu Recht und Gesetz zurück. Rot-Grün hat besonders in der Haushaltspolitik in den letzten Regierungsjahren kläglich versagt, Verstöße gegen das Grundgesetz wurden die Regel, nicht die Ausnahme. Mit der Finanzpolitik der Großen Koalition kehrt wieder Solidität in diesem wichtigen Bereich zurück.

Der Haushalt und der Finanzplan bis 2010 sehen vor, dass die Maastricht-Kriterien dauerhaft eingehalten werden. Die Zahlen zeigen einen soliden Kurs der Koalition und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Finanzen. Damit wird deutlich, dass der eingeschlagene Kurs der Haushaltskonsolidierung schon jetzt seine Wirkung entfaltet. Der rot-grüne Stillstand in Deutschland wird durch die Große Koalition nun überwunden. Wahr ist aber auch: Bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen stehen wir erst am Anfang.

Gemessen wird die Koalition neben solider Finanzpolitik vor allem aber an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auch hier gibt es derzeit allen Grund zum Optimismus: Im Vergleich zum Vorjahr gab es im August bundesweit 426.000 Arbeitslose weniger, die Bundesagentur für Arbeit verzeichnet erstmals seit 1988 wieder Überschüsse. Die Sachverständigen korrigieren die Wachstumsprognose, die sie im Januar und Februar gegeben haben, im Herbst nicht wie sonst nach unten, sondern nach oben.

Das alles zeigt: Die Lage ist weit besser als die Stimmung. Darum muss es unser Ziel sein, die Arbeit der Großen Koalition nach außen besser zu vertreten und deutlich zu machen, dass wir dieser Koalition Erfolg zutrauen. Und wir haben Erfolg. Wenn wir den Menschen wieder mehr Zuversicht in die Gestaltungskraft der Politik geben wollen, darf es in den nächsten Monaten nicht ständig um das gegenseitige Aufrechnen gehen. Die Bürger erwarten von uns auch nicht permanentes Klagen über die begrenzten Möglichkeiten der Großen Koalition, sondern Ergebnisse und Lösungen zum Wohl unseres Landes.

Beteiligung an der Libanon-Mission der UN

Das Engagement der internationalen Gemeinschaft nach der Waffenruhe im Libanon ist von großer Bedeutung. Wir haben ein nationales Interesse an der Stabilität des Nahen Ostens. Spätestens seit den geplanten Kofferbombenattentaten auf Regionalzüge in Deutschland ist uns allen klar geworden: Die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit werden immer unschärfer. Das werden wir bei unseren weiteren Überlegungen zu berücksichtigen haben. Jetzt liegt es in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, die Wiederherstellung von Sicherheit in der Region zu unterstützen und beim Wiederaufbau zu helfen. Ein souveräner Libanon ist im Interesse der Staatengemeinschaft. Darum bereiten wir uns darauf vor, im Parlament einen Beschluss zu fassen, mit dem wir ein Kontingent der Bundeswehr für die UNIFIL-Truppen der Vereinten Nationen bereitstellen. Damit werden wir die Ziele der VN-Resolution 1701 unterstützen. Wir sind bereit, mit der Marine sowie geeigneter Technologie illegale Waffeneinfuhren in den Libanon seeseitig zu unterbinden. Darüber hinaus wollen wir uns bei der technischen Hilfs- und Aufbauarbeit engagieren. Gerade diese Arbeit ist im Rahmen der Mission so wichtig, weil wir das Feld des Wiederaufbaus vor Ort nicht der Hisbollah überlassen dürfen.

Richtige Erkenntnisse bei der SPD

Im wichtigen Bereich der Arbeitsmarktpolitik bewegt sich die SPD auf uns zu: Es ist eine bemerkenswerte Entwicklung, dass die Sozialdemokraten nun zu der Erkenntnis kommen, dass sich für die Stützen unserer Gesellschaft Leistung wieder lohnen soll, und dass eine Leistungspflicht für Empfänger des ALG II prinzipiell die Anreize vergrößern muss, Arbeit aufzunehmen. Wir nehmen unseren Koalitionspartner beim Wort und werden ihn daran bei den weiteren gemeinsamen Reformvorhaben messen.

Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Laut Bundesagentur für Arbeit sorgt die konjunkturelle Entwicklung dafür, dass sich die drei wichtigsten Indikatoren für die Arbeitsmarktentwicklung weiter günstig darstellen: Die Arbeitslosigkeit geht zurück, Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigen und die Zahl der offenen Stellen ist hoch.

Die Zahl der Arbeitslosen hat im August um 14.000 auf 4.372 Millionen abgenommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen im Juli saisonbereinigt um 53.000 gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Juni merklich über dem Vorjahresniveau. Die erste vorläufige Hochrechnung weist gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 129.000 auf 26,31 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus.

Diese Zahlen kündigen eine positive Trendwende am Arbeitsmarkt an. Die Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel liefert den Nährboden für die gute Entwicklung. Jetzt muss die Devise lauten: Reformtempo weiter hochhalten. Dazu gehört, dass wir jede nur mögliche Anstrengung unternehmen, die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze zu erhöhen. Konkret heißt das: Lohnzusatzkosten müssen weiter gesenkt werden.

Die CDU steht deshalb dafür ein, den Überschuss der Bundesagentur für Arbeit für eine höhere Beitragssenkung einzusetzen. Das Geld stammt von den Beitragszahlern – also gehört es auch den Beitragszahlern.

In diesem Zusammenhang ist auch ganz klar: Einen Mindestlohn wird es mit uns nicht geben! Derartige Zwangsvorgaben verschrecken jeden möglichen Investor. Die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen wird keinen einzigen Arbeitsplatz bringen. Das Gegenteil ist der Fall: Wenn die Gewerkschaftsforderung von einem Mindestlohn von 7,50 Euro sich durchsetzen würde, käme auf die Unternehmen eine milliardenschwere Lohnkostenlawine zu. Das würde hunderttausende Arbeitsplätze kosten. Dieser Spuk um den Mindestlohn sollte schnell beendet werden. Was wir in Deutschland brauchen, sind mehr Freiräume in den Betrieben, niedrigere Lohnzusatzkosten und ein wirksames Kombilohnmodell. Nur so entstehen neue Arbeitsplätze.

Zitat

„Gott sei Dank bin ich auf den Fuß gefallen und nicht auf den Kopf.“

(Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) am 7.9.2006 in der Haushaltsdebatte des Bundestages, bei der er wegen eines Bänderrisses von der Regierungsbank statt vom Rednerpult aus sprach!“